

Die „Zeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Preisband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland M. 2.—, für das übrige Ausland M. 3.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die zehnjährige Nonpareilzeitschrift oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Lieferantsteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Lieferantsteuer. Vorwärts-Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M., jedes weitere Wort 1.— M. in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 30

ZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreichs Absichten

Der europäische Wiederaufbau

Paris, 24. Dezember.

Der „Matin“ sagt in einem Rückblick auf die Londoner Verhandlungen, Ende Januar müsse man einen Plan für den Wiederaufbau Europas haben, der von ganz Europa genehmigt werde. Diesem Plan werde ein genaues französisch-englisches Programm zugrunde liegen, das drei Punkte umfasse:

1. Die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Wiederherstellung seiner Eisenbahnlinien und seines Eisenbahnmateriale; dies sei eine Handels- und Finanzangelegenheit von großem Umfange, die politische Klugheit erfordere, wenn man nicht von der Sowjetregierung gekauft oder durch die deutsche Mitarbeit überlistet werden wolle.

2. Die Lösung der Frage der Wechselkurse und 3. bezüglich Deutschlands besondere Maßnahmen für die strenge Beaufsichtigung der Zolleinnahmen, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Bankdepots. Diese Kontrolle müsse mittelbar auf das deutsche Vermögen im Ausland ausgeübt werden.

Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaus, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiedererhebung Deutschlands die Vorbedingung für die berechnete Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm verlangen. Es müsse durch die Anstrengungen einer europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schulden mobilisiert werden und damit durch Anleihen den dringendsten Bedürfnissen von Kationen Genüge geleistet werden, die Frankreich für seine Kriegesopfer ungeheure Vorschüsse leisten müssen.

Englische Sachverständigenkonferenz

London, 23. Dezember.

Lloyd George hielt heute in Downing Street die bereits angekündigte Konferenz mit hervorragenden britischen Finanz- und Geschäftsleuten ab, denen er den Verlauf seiner Unterredungen mit Briand auseinandersetzte. Von Seiten der Regierung nahmen an den Besprechungen teil Chamberlain, Horne und Worthington Evans, von Finanzleuten der Direktor der Bank von England, Kindsersley. Die Industrie- und Finanzmagnaten versicherten Lloyd George, daß sie ihn kräftig unterstützen würden. Es wurde beschlossen, die Beratungen zwischen den Vertretern der Industrie und Sir Robert Horne sowie Worthington Evans in der Weihnachtszeit fortzusetzen. Auch Lloyd George wird über Weihnachten vielleicht in London bleiben, um an den Erörterungen teilzunehmen. Die sich aus diesen Verhandlungen ergebenden Vorschläge sollen der vor Beginn der Konferenz in Cannes stattfindenden Pariser Konferenz sachverständiger Geschäfts- und Finanzleute unterbreitet werden.

Die Beratungen in Cannes

Paris, 24. Dezember.

Nach einer Meldung des „Welt Parisien“ aus London ist der Beginn der Tagung des Obersten Rates in Cannes endgültig auf den 6. Januar festgesetzt. Den Beratungen werde jedenfalls eine Privatverhandlung zwischen Lloyd George und Briand vorangehen. Für die Konferenz seien sechs Tage vorgesehen. Dann werde eine Konferenz der alliierten Außenminister stattfinden, die sich mit der Frage des Nahen Ostens beschäftigen werden. Für diese Beratungen seien 10 bis 12 Tage in Aussicht genommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Genf, 23. Dezember.

Das Völkerbundsekretariat gibt folgende Mitteilung aus: Der Vorsitzende für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien Calonder, ist von beiden Abordnungen davon verständigt worden, daß die in Oberschlesien stattfindenden direkten Verhandlungen bereits sehr fortgeschritten sind; vor allem nehmen die Arbeiten in den Unterausschüssen für Zoll, Kohle und Elektrizitätsprodukte, Verkehr, Eisenbahnen, Post, Wasser- und Elektrizitätsbetrieb und soziale Versicherung einen sehr befriedigenden Verlauf. Die Unterausschüsse sollen Calonder das Ergebnis ihrer Arbeit vor dem 15. Januar 1922 unterbreiten, der hierauf die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten zu einer Sitzung nach Genf berufen wird, um sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten.

Für und gegen die Unterseeboote

Paris, 24. Dezember.

Havas meldet aus Washington: In der heutigen Sitzung des erweiterten Fünfzehner-Ausschusses verlas Admiral de Bon eine eingehende Darlegung, in der er Punkt für Punkt auf die von Lord Lee vorgebrachten Gründe für die Abschaffung der Unterseeboote eingeht. Mit technischen Erwägungen und einer durchschlagenden Beweisführung rechtfertigte Admiral de Bon die Gründe der Beibehaltung der Unterseeboote, die gestern in

den prinzipiellen Erwägungen Sarrauts zusammengefaßt wurden. Balfour antwortete. Er sprach über die Darlegungen von de Bon vom technischen und politischen Standpunkte. Gegen die Möglichkeit eines abermaligen Angriffes gegen Frankreich bemerzte er, daß die Beibehaltung der Unterseeboote England in die Unmöglichkeit versetzen würde, große Ersparnisse in Oberwasserfahrzeugen zu machen.

Schanzer erläuterte die Gründe, weshalb Italien sich dem englischen Standpunkte nicht anschließen kann. Er leitete seine Bemerkung aus dem Entstehen neuer Staaten im Mitteländischen Meer ab. Die Sitzung wurde nach dreistündiger Beratung aufgehoben und auf morgen vertagt. Sarraut wird auf einzelne Stellen der Rede Balfours antworten.

Die peinliche Wendung in Washington

EE. Washington, 24. Dezember.

Durch die U-Boot-Debatte nahm die Washingtoner Konferenz in den letzten Tagen eine peinliche Wendung, und man ist froh, daß für einige Tage eine Ruhepause eintritt, weil man diese dazu zu benutzen hofft, einige Gegenstände auszugleichen. Schon aber spricht man von der Möglichkeit, daß die gegenwärtige Konferenz die Frage der U-Boote und der Hilfskreuzer überhaupt nicht lösen werde, obwohl sie gewiß bis weit über Mitte Januar zusammenbleiben will. Die Italiener haben bereits den Antrag eingebracht, daß eine neue Konferenz einberufen werde, sobald die gegenwärtige vertagt werde, damit die Frage der U-Boote und Hilfskreuzer endgültig geprüft werde. Besonders peinlich berührt es in Washingtoner politischen Kreisen, daß die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz nicht von japanischer, sondern von europäischer Seite drohe, und daß man sich wohl auf die Landtage im Fernen Osten, nicht aber über die des atlantischen Ozeans einigen konnte.

Eugen Debbs begnadigt

London, 23. Dezember.

Aus Washington wird berichtet, Präsident Harding habe den Sozialisten Eugen Debbs, der im Januar 1918 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, begnadigt. Harding habe auch die Freilassung von 23 weiteren politischen Gefangenen angeordnet.

Durch die Begnadigung des Genossen Eugen Debbs hat Präsident Harding, wenn auch verspätet, das Unrecht wieder gut gemacht, daß die amerikanische Klassenjustiz an diesem edlen Vorkämpfer des Sozialismus verübt hat. Wegen seiner mutigen unerschrockenen Haltung während des Krieges zu der ungeheuerlichen Strafe von zehn Jahren Gefängnis verurteilt, hat Debbs vier Jahre lang alle Leiden des amerikanischen Gefängniswesens über sich ergehen lassen müssen. Wiederholt ist von den sozialistischen Parteien verschiedener Länder die Forderung nach Freilassung des Genossen Debbs erhoben worden und noch vor kurzem hat die Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien im Namen des internationalen Proletariats diese Forderung an die amerikanische Regierung gerichtet. Mit Freude und Genugtuung begrüßt die internationale Arbeiterklasse den mutigen Kämpfer Debbs wieder in ihren Reihen.

Die Flaggenabstimmung

Der Kassenjammer der Nationalisten

Mit riesigen Hoffnungen hatten die Nationalisten der Abstimmung über ihren Antrag auf Weiterführung der alten schwarz-weiß-roten Flagge bei der Handelsflotte entgegengeesehen. Sie hatten von ihrer zügellosen nationalistischen Propaganda eine Einschüchterung der schwankenden Gestalten bei Demokraten und Zentrum erwartet und durch den Antrag auf namentliche Abstimmung diese Wirkung noch zu verstärken gesucht. Die Abstimmung ergab aber die Ablehnung des Antrages mit einer Mehrheit von 58 Stimmen. Das genaue Ergebnis dieser Abstimmung liegt jetzt vor. Die bürgerlichen Parteien stimmten folgendermaßen:

	Ja	Nein	Enthielten sich	fehlten
Deutschnationale	65	—	—	6
Deutsche Volkspartei	52	—	—	13
Bayerische Volkspartei	10	—	—	10
Deutsch-Demokratische P.	11	13	—	16
Zentrum	—	35	3	34

Im nationalistischen Wäldchen herrscht wegen dieser Abstimmung große Entrüstung. Sie richtet sich nicht nur gegen die Demokraten und das Zentrum, von denen die ersteren ja wiederum wie immer in zwei Hälften zerfallen sind, sondern auch gegen die Deutschnationalen. Ihnen wird der Vorwurf gemacht, durch den Antrag auf namentliche Abstimmung das Abstimmungsergebnis ungünstig beeinflusst zu haben.

Arme deutschnationale Parteiführer! Nicht einmal ihren eigenen Gesinnungsgenossen können sie es noch recht machen.

Die totgesagte und totgeschwiegene USPD.

Von Luise Zick

Im Volksmund heißt es bekanntlich, daß Personen, die fälschlicherweise totgesagt wurden, sich in der Regel eines langen und gesunden Lebens zu erfreuen haben.

Auf unsere Partei angewendet, bedeutet obiger Ausspruch, daß die U. S. P. D. ganz gewiß ihren Aufstieg weiter fortsetzen wird, daß sie ein langes Leben vor sich hat.

Denn kurz vor und nach dem Spaltungsparteitag in Halle waren es die Kommunisten und Neukommunisten, die von der „absterbenden“ und der „erschlagenen“ U. S. P. schrieben und redeten und die auch — das muß ihnen der Reid lassen — alle Mittel der Verleumdung, Lug, Trug, Doppelzüngigkeit, Treulosigkeit und Terror anwandten, um unsere Partei tot zu machen. Erfreulicherweise, ohne ihr Ziel zu erreichen.

Gewiß wurden mehrere Hunderttausende der von uns aufgerüttelten, organisierten und in die Ideenwelt des Sozialismus eingeführten Arbeiter von unserer Partei abgesplittert durch das verwerfliche Manöver der Kommunisten und der bis dahin in unserer Partei mit uns Seite an Seite im Kampf tätigen Genossen, die uns in Halle treulos verließen und inzwischen erfahren haben, daß alles, was wir ihnen als Konsequenzen der Annahme der 21 Moskauer Bedingungen voraussetzten, eingetroffen ist.

Jedoch der Kern der überzeugungstreuen Genossen und Genossinnen, die Klar die Richtigkeit und Gradlinigkeit unserer Politik erkannt hatten, die einsahen, daß unsere politische Taktik immerdar diktiert war und ist von unserer theoretischen Einstellung, unserer marxistischen Grundanschauung, die infolge dieser Einsicht mit der ganzen Blut ihres Herzens der Partei anhängen, die sind der Partei treu geblieben und haben seither, allen Beschwerden zum Trotz, mit verdoppelter Energie und leidenschaftlicher Hingabe an die große Sache des Sozialismus die Arbeit in der Partei und für sie weiter geleistet.

Und der Erfolg lohnte ihr Mühen und ihre Treue. Die Partei hat die Spaltung überwunden, sie steht theoretisch und organisatorisch fester denn je da.

Die Partei hat sich somit als unüberwindliches Bollwerk gegen den Bolschewismus und Putshismus erwiesen, ebenso sehr aber auch als unüberwindliches Hindernis gegen den Reformismus und die Anlehnung an das Bürgertum, dem die U. S. P. D. verfallen ist.

Kein Wunder, daß die U. S. P. D.-Führer uns ebenso hassen und verleumden, wie die R. P. D. dies tat und tut.

Die Wahlflugblätter der U. S. P. D., wie sie in letzter Zeit, insbesondere in Baden und Anhalt, verbreitet wurden, unterzeichnen sich in nichts von den Flugblättern, wie sie seinerzeit vom „Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ verbreitet worden sind. In Baden wurden vor und wenige Tage nach der letzten Landtagswahl solche, mit der Wahrheit auf Kriegsfuß stehenden Flugblätter von der U. S. P. D. verbreitet, Flugblätter, in denen wir verleumdet, das Zentrum gelobt wurde. Und ständig kehrt die Weisung vom baldigen Tod unserer Partei wieder.

Mit gutem Humor stellte deshalb unser Mannheimer Parteiblatt die Frage: Warum die U. S. P. D. angesichts unseres baldigen Ablebens sich denn noch erst in so große Anstrengungen für uns einsetzt und allein gegen uns 50 000 Flugblätter am Tage nach der Wahl verbreitet?

Durch die ganze U. S. P. D.-Presse macht ferner seit Anfang Dezember eine Notiz die Runde, in der behauptet wird, daß wir wenig über 100 000 Mitglieder hätten, also am Absterben seien. Der Schmol, der die Notiz verfaßte, zerbricht sich unsere Köpfe darüber, nach welchem Modus die Mandate zu unserem Parteitag verteilt seien, um, wie weiland die Wahrsagerinnen aus dem Kaffeesatz oder aus den Karten die Zukunft verkündet, die Zahl unserer Mitglieder zu erraten. Schmol mag sich gebuden, bis wir diese Zahlen bekanntgeben. Das wird geschehen, wenn es uns paßt, nicht wenn Neugierige außerhalb unserer Partei danach fragen oder glauben, durch falsche Angaben uns zum Aeden zu bringen.

Von Zeit zu Zeit kehren in der U. S. P. D.-Presse auch ständig sensationell aufgemachte Notizen wieder, nach denen „ganze Ortsgruppen“ der U. S. P. D. zur U. S. P. D. übergetreten sein sollen. Forschen wir dann nach oder erhalten wir aus eigenem Antrieb aus den betreffenden Orten die Nachricht, in denen unsere Genossen entrüstet mitteilen, daß an der Notiz kein wahres Wort ist, oder daß anstelle unserer Ortsgruppe, die übergetreten sein soll, der Gastwirt des Ortes, bei dem die Parteien ihre Versammlungen abhalten, zur U. S. P. D. gegangen ist, dann übt die U. S. P. D. die Wanzentaktik und nimmt heilselbe keine Notiz von der Richtigstellung. Das alles gehört zur „Kameradschaftlichkeit“ der U. S. P. D. uns gegenüber, ebenso wie die Mitteilungen (und noch dazu falsche) aus internen Sitzungen, die wir mit U. S. P. D. und U. D. G. B. hatten.

In der „Freien Presse“-Elberfeld veröffentlicht der „Vorwärts“-Redakteur Stampfer am 20. Dezember einen Artikel, in dem er sich als „Vorzeigung“ unserer Partei aufspielt.

Er weiß natürlich schon im Voraus, wie unser Parteitag verlaufen wird und als Alles-Besserwisser erteilt er uns gleichzeitige „gute Lehren“ und „Zensuren“ und verkündet phrasenhaft den Niedergang unserer Partei.

Im einzelnen auf die überheblichen Darlegungen Stampfers einzugehen erübrigt sich, Antemalen Stampfer alle Ursache hätte, die guten Lehren, die er uns erteilt, seiner eigenen Partei eindringlich zu Gemüte zu führen, die es notwendig versteht, der Erörterung wichtiger Probleme aus dem Wege zu gehen.

Das Gesagte, aufs Geratewohl aus der Fülle des Materials herausgegriffen, zeigt eine Anzahl von Beispielen, in denen wir von der S. P. D. totgesagt wurden.

Dazu kommen jedoch noch eine Fülle von Fällen, in denen wir und unsere politische Tätigkeit einfach totgeschwiegen werden. Wie dieses Verfahren, insbesondere das des „Vorwärts“, mit einer objektiven Berichterstattung vereinbar ist, ist das Geheimnis der S. P. D. Daß bei der parlamentarischen Berichterstattung der Redner der eigenen Partei besser wegwommt als die der anderen Parteien, ist zwar nicht ideal, aber wohl allgemeiner Brauch. Daß aber die Redner anderer Parteien, und zwar unserer Partei, überhaupt nicht erwähnt werden, ist eine Methode, die mit positiver Unfähigkeit nichts gemein hat. Von weiter zurückliegenden Fällen will ich ganz schweigen und nur einen Fall aus allerjüngster Zeit erwähnen: die letzte Stadtverordnetenversammlung. Im ganzen „Vorwärts“-Bericht ist kein Redner der Unabhängigen erwähnt. Die U. S. P. D. ist, nach dem „Vorwärts“ nicht da. Dabei hat der Genosse Kuchenheder den Antrag des Ausschusses auf Zurücknahme der Kündigung der Junglehrer begründet, der angenommen wurde. Genosse Amberg hat den Antrag der U. S. P. auf sofortige Auszahlung von 1000 M. an die Altpensionäre der Straßenbahn begründet. Der „Vorwärts“ verschweigt das und durch die Art der Berichterstattung erweckt er den Anschein, als ob nach der warmen Empfehlung durch Czerninski (S. P. D.) der Antrag Annahme gefunden habe. Genosse Radtke hat bei der Frage der Wohnungsnot auf den wichtigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Mai hingewiesen, durch den die wichtige Stelle eines Wohnungs- und Siedlungsdirektors geschaffen wurde, die noch immer unbesetzt ist, infolge der Sabotage der Bürgerlichen. Der „Vorwärts“ verschweigt, daß Radtke überhaupt geredet hat. War es in diesem Fall das böse Gewissen der S. P. D., die an der Sabotage nicht unbeteiligt sein soll, die die unzulängliche Berichterstattung veranlaßt hat? Die bürgerlichen Redner wurden erwähnt, wir nicht. Die „Freiheit“ hat hingegen einen durchaus objektiven Bericht, sie verschweigt keinen der S. P. D.-Redner; nach dem „Vorwärts“ muß man jedoch annehmen, die U. S. P. sei garnicht anwesend. Aber die Berichte der beiden Blätter werden in den Betrieben verglichen und besprochen und dabei bilden sich alsdann die Arbeiter ihr Urteil über die „Wahrhaftigkeit“ der Berichterstattung. Wie es für den „Vorwärts“ ausfällt, ist mit nicht zweifelhaft. Ob die S. P. D. sich nicht schämt vor ihren eigenen Mitgliedern ob solch „nobler“ Kampfesweise?

Damit muß es für heute genug sein. Die von der S. P. D. und S. P. D. totgesagte und von der S. P. D. totgeschwiegene U. S. P. D. erfreut sich einer guten Gesundheit und einer kräftigen Konstitution. Ihre grundsätzliche Politik erwirbt ihr in zunehmendem Maße das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und sammelt diese unter ihrem Banner. Trotz der verleumdenden Angriffe von rechts und links schreitet sie zielklar und siegesicher dem Sozialismus entgegen.

Die „Deutsche Zeitung“ verboten. Die Internationalisierte Rheinland-Kommission hat die „Deutsche Zeitung“ vom 25. Dezember ab auf drei Monate verboten, weil der Artikel vom 18. Dezember „Die deutsche Schande“ die Würde der Besatzungstruppen beeinträchtigt.

Kommunistische Gefängnislogengruel. 31 politische Häftlinge aus der Gefängnis Klama haben sich mit einem Schreiben an das Ministerium des Innern gewandt, in dem sie gegen ihre unerbürdlichen Leiden Protest erheben. Sie erklären, daß sie ständig gemartert würden, und viele von ihnen blutig geprügelt seien.

Weihnachten

Weihnachten! Wieder sind unsere Hoffnungen und Wünsche zum großen Teil unerfüllt. Wieder sind Verzweiflungsschreie die Begleitmusik des Weihnachtsabends. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, daß unsere Kinder auf die Weihnachtsfreuden der Friedenszeit verzichten mußten, wir haben uns damit abfinden müssen, daß kein Weihnachtsbaum unsere Straße festlich schmückt. Wir sind, um es kurz zu sagen, arm geworden. Aus dieser Not eine Tugend zu machen, ist sinnlos. Denn während die Welt sich noch immer in Kämpfen windet, die ihr ein fünfjähriges Wüstermorden brachte, leben wir um uns herum tiefes Elend und unheilvolles Leid. Anstatt daß sich Kinder, wie einst, fröhlich um den ihnen zugedachten Baum scharen, trägt unsere Zeit für sie den Todesstein in sich: schon der Säugling wird geboren mit der Bestimmung, sich zur Not durch ein erbärmliches Kindesalter und eine längliche Jugend hindurchzuhangeln, um, halb erwachsen, die Fron der Arbeit an den schwachen Schultern spüren zu müssen.

Die Ordnung der Dinge ist grausam. Denn eben dadurch, daß einige wenige üppig schlemmen und prassen, während Millionen Proletarierkinder hungrig und frierend zusehen müssen, tritt die Ungerechtigkeit der Gesellschaftsordnung noch härter und eindringlicher hervor.

Der organisierte Mord, begonnen mit der entmenschten Waffe des Krieges, wird fortgesetzt, indem man die heranwachsende Generation, die Zukunft, dahinstreichen läßt.

So ist für uns das Weihnachtsfest heute weniger denn je ein Fest, sondern es ist lediglich ein eindringliches Moment mehr, um uns zum Kampfe gegen diese Ordnung zu reizen. Nicht herrlich und schön bestellt ist es in dieser Welt; denn Not und Tod, Elend und Verzweiflung sind die Elemente, die uns das Leben verbittern; bevor sie nicht überwunden sind, wird die stille, heilige Nacht für uns nur eine grausame Erinnerung an das Entsetzliche sein, was wir gesehen haben und was noch täglich vor unseren Augen sich ereignet.

Wohin führt der Weg? Was wird morgen sein? Das sind die Fragen, die unsere Bestimmung zerstören müssen.

Die Sage berichtet, daß vor 1921 Jahren ein Erlöser für die Welt geboren sei, ein schwacher Mensch. Er hat uns nicht erlöst. Der Friede, den er verkündete, ist nicht über die Welt gekommen. Kein Gott, kein Erlöser wird uns das Heil bringen. Die Welt aufzubauen, heißt Mensch sein. Und nur wenn sich reine Menschlichkeit allen Völkern zum Trost durchsetzt, werden wir wieder feste feiern können.

Solange aber die Sorge um das, was morgen sein wird, unsere Gedanken lähmt, so lange haben wir keine Ursache, festlich Stimmung zu sein. Wenn der Weihnachtsabend für uns einen Sinn

Die Krise in der S. P. D.

Durch unsere Veröffentlichung in der gestrigen Morgenausgabe steht sich die „rote Fahne“ nunmehr gezwungen, über die Vorgänge zu berichten, die sich in letzter Zeit in den leitenden Kreisen der S. P. D. abgespielt haben. Sie benutzt zwar die Gelegenheit, die Opposition zu beschimpfen und es als einen „unwürdigen Stand“ zu bezeichnen, daß eine „Handvoll von Leuten“ in ihrer Kampagne gegen die Partei der „gegnerischen Presse“ zu ihrem Sprachrohr macht, sie kann sich aber doch nicht mehr der Notwendigkeit entziehen, den Wortlaut jener Erklärung zu veröffentlichen, die mit 128 Unterschriften versehen, der Zentrale überreicht worden ist. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Unterzeichneten erklären, daß sie die Haltung der Zentrale und der „Roten Fahne“ zu den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ für parteischädigend halten und für geeignet, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur kommunistischen Partei zu erschüttern. Sie protestieren dagegen, daß die Zentrale auch die unbestreitbaren Tatsachen, die in den Veröffentlichungen enthalten sind, abzuleugnen versucht. Es ist zuzugeben, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ als das anseht, was sie sind, nämlich als ein Mittel, die Kommunisten gerade jetzt von der Arbeiterschaft abzulösen, um ungehindert die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie betreiben zu können. Wenn aber die Zentrale unter Ausnutzung dieser Stimmung eine Taktik des Leugnens einschlagen zu können glaubt, so ist das falsch.“

Es folgt nun eine Reihe von Punkten, in denen auf die Unwahrheiten und Widersprüche der Zentrale und der „Roten Fahne“ sowie auf die schwierige Lage, in die die Partei dadurch gerät, hingewiesen wird. Die Ablenkungsversuche der Zentrale striktieren sie in immer größere Widersprüche. Dadurch mühten Zweifel erregt und die Genossen in die schwierige Lage gesetzt werden, andere von Dingen überzeugen zu müssen, die sie selbst nicht glauben. Dieser Zustand ist dazu angetan, das Vertrauen in die eigene Sache zu erschüttern und die Werbetätigkeit der Partei zu lähmen.“ Die Zentrale sei in Konsequenz ihrer Taktik gezwungen, die kommunistische Arbeitsgemeinschaft hart zu belämpfen. Zugleich sei die Partei zum Spielball des „linken“ Flügels geworden, dessen Selbstbewußtsein in der letzten Zeit durch die Taktik der Zentrale gestärkt wurde, nachdem er durch die Niederlagen im Zentralauschuss erschüttert war.

Die objektiven Umstände haben die Fähigkeit der Partei, die auf dem III. Kongress festgelegte Linie einzuschlagen, gefährdet. Die neue Kampfstellung gegen die einzelnen Elemente der Partei hemmt aber den Gesundungsprozess und gibt den „Linken“ wieder das Übergewicht, wodurch die Partei wieder auf den März zurückgeworfen werden muß.“

In der Erklärung wird weiter mit aller Schärfe die Tatsache gerügt, daß das Versprechen, „die ganze Wahrheit zu sagen“, von den verantwortlichen Leitern der Partei nicht gehalten worden ist.

„Es ist bei dem Versprechen geblieben. Auf dem Terner Parteitag ist von den für die Märzaktion Verantwortlichen weder die ganze, noch die halbe Wahrheit gesagt worden. Keiner von ihnen hat es für nötig gehalten, sich vor der Gesamtarbeitsgemeinschaft und vor der Partei als den Verantwortlichen und Schuldigen zu bekennen. Das Ergebnis war, daß die Umstellung der Partei weder in den Beschlüssen des Parteitages noch in den Wahlen der Zentrale, noch in den Wahlen zum Zentralauschuss zum Ausdruck gekommen ist.“

Aus allen diesen Gründen, die nach Ansicht der Deklaranten die Stellung der S. P. D. außerordentlich geschädigt haben, kommen sie zu folgenden Schlußsätzen:

1. „Deshalb fordern wir ohne jeden Verzug: den Rücktritt aller Verantwortlichen, damit die Partei unbelastet durch Vergangenes — ihren Gegenwartsaufgaben gerecht werden kann.“
2. die Unterbreitung des gesamten Materials an einen, aus den Reihen der Unterzeichneten zusammengesetzten Untersuchungsausschuss.“

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die famose Oberleit-Zentrale diese Forderungen in den Papierkorb geworfen. Die „rote Fahne“ teilt mit, daß die Zentrale in der Sitzung vom 22. Dezember den in der Erklärung geforderten Rücktritt der für die Märzaktion Verantwortlichen Personen einstimmig ab-

gelehnt hat. Ebenso einstimmig lehnte die Zentrale die Einsetzung einer Untersuchungskommission ab. Dadurch erneut erwiesen ist, daß für die Zentrale der innere Gesundungsprozess der Partei weniger wichtig erscheint, als das Ablaufen an den gutbezahlten Posten der Vorstandsmitglieder und die weitere Ausübung einer diktatorischen Gewalt über den gesamten Parteiapparat. Fürwahr: wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

Oltwig von Hirschfeld im Irrenhaus

Die Geschichte der Strafverbüßung des Hahnrichs Oltwig von Hirschfeld verdrückt sich langsam zu einem spannenden Roman. Als im August dieses Jahres der Abgeordnete Eraberger ermordet wurde, erfuhr die Öffentlichkeit plötzlich, daß Hirschfeld seit einigen Monaten einen Strafurlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit bekommen hatte. Hirschfeld trieb sich bei seinen deutschnationalen Parteifreunden auf dem Lande herum, und da er auch einen Abtäter nach dem Schwarzwalde gemacht hatte und sich dort zur Zeit der Ermordung Erabergers aufhielt, wurde er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Offenbach verhaftet.

Der Haftbefehl wurde am 9. September aufgehoben und am 10. September ordnete die Staatsanwaltschaft Berlin die Vollstreckung der noch zu verbüßenden Reststrafe von vier Monaten an. Hirschfeld sollte diese Strafe in Offenbach abtun. Seine Eltern stellten im November das Gesuch auf bedingte Begnadigung; das Gesuch wurde aber abgelehnt. In der Begründung des Beschlusses wurde anerkannt, daß Hirschfeld die Tat nicht aus verbrecherischer Reizung, sondern in jugendlicher Verirrung begangen habe und daß sein Gesundheitszustand weitgehende Berücksichtigung verdiene. Jedoch sei das Urteil des Schwurgerichtes schon außergewöhnlich milde bemessen worden. Jetzt wird nun plötzlich gemeldet, daß Hirschfeld Mitte Dezember nach der Universitätsklinik in Jena überführt worden ist. Es sollen sich bei ihm Symptome von Geistesgekränktheit bemerkbar gemacht haben.

Die deutschnationalen Mörder haben Glück in der deutschen Republik. Entweder verstoßen sie es, sich dank einer vorzüglichen Justiz der Verantwortung zu entziehen, oder, sofern eine Verurteilung nicht zu umgehen ist, entziehen sie sich der Verbüßung der Strafe durch die Flucht, wobei sie bezeichnenderweise nie das Fesseln haben, auf der Flucht erschossen zu werden. Gelingt beides nicht, dann kommt ihnen als letzter Reiter der — Jrenia zu Hilfe. Man filme die Geschichte der deutschnationalen Mörder! Das gibt lehrreichen Unterhaltungsstoff.

v. Jagows Strafverbüßung

Vie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, soll der zu 5 Jahren Festung verurteilte Herr v. Jagow bereits in der nächsten Zeit von Leipzig aus dem Festungsgelände Gollnow in Pommern zur Strafverbüßung geführt werden. Die Bewilligung eines Urlaubs vor Eintritt der Strafe oder ein Strafausschub kommt, wie wir hören, nicht in Frage.

Die Unruhen in Aegypten

London, 23. Dezember. Aus Kairo wird gemeldet: Sechs Anhänger von Zogul Pascha, die Befehl erhalten hatten, in ihre Dörfer zurückzukehren, wurden verhaftet, da sie sich weigerten, dem Befehl Folge zu leisten. Von den heutigen Unruhen wurden zwei Ruhestörer getötet. Polizei und ägyptische Truppen durchzogen die Straßen der Stadt und zerstörten die Demonstrationen. In Alexandria wurden 500 Personen, die Kundgebungen veranstalten wollten, von der Polizei zerstreut. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Einige Kaufläden sind geschlossen.

Die Ausweisung der ungarischen Kommunisten zurückgenommen. Wie feinerzeit gemeldet sind von der Wiener Postabteilung eine Anzahl ungarische Kommunisten die sich in Wien aufhielten, ausgewiesen worden. Die Landesregierung hat nun diese Ausweisung zurückgenommen und eine weitere Aufenthaltserlaubnis von sechs Monaten erteilt.

haben soll, so muß er uns aufrütteln aus stummer Verzweiflung, muß uns aufwachen zu donnerndem Schrei, der, alle Menschen fortziehend, über den Erdball dröhnt, lodern und flammend: Friede auf Erden und die Arbeit ein Wohlgefallen.

Fritz Cohn

Heldenverehrung

Von Klaus Kump (Königsberg)

Unsere Helden hoch in Ehren! — singt man in Ostpreußen mit tausendstimmigem Mund. Man preist mit edelbeschwingtem Patriotismus alle, die für das Vaterland in das Grab gesunken sind und predigt, daß für die Gefallenen würdige Gedächtnisstätten bestellt werden sollen.

Das heißt, einen kleinen Haken hat diese Heldenverehrung. Die Herren Rittergutsbesitzer, die am lauesten geschrien: schaff! Heldenhaine, verlangen das größte Stück Geld für eine Ecke ihres Ackers zur Anlage von Heldenfriedhöfen. Immerhin: unsere Helden hoch in Ehren!

Die Helden des Geistes haben in Ostpreußen nicht so viel Geltung. Das ist diesem Lande eigen und liegt gewissermaßen in der Luft.

In Königsberg ist der große Philosoph Immanuel Kant geboren. Hier hat er gelebt sein ganzes Leben und hier ist er auch gestorben. Sein Ruhm hat die ganze Welt erfüllt, und sein Hauptwerk: „Die Kritik der reinen Vernunft“ ist auch heute von hohem Rang. Seine Vaterstadt Königsberg aber nannte sich stolz die Stadt der reinen Vernunft.

Das Haus jedoch, in dem Kant gelebt, Untergangliches für die Welt geblieben, und in dem er gestorben ist, wurde zuerst einem Gastwirt gegeben und dann hat es die Stadt Königsberg niedergekauft, damit — die Baukostenlinie vorchriftsmäßig geführt werden könne. Das riecht ja nun freilich nicht gerade nach reiner Vernunft, sondern schmeckt verdammt und verächtlich nach Schilda! Begraben liegt Kant in einem Anbau vom Dom, in einem kleinen Raum, nadt und nüchtern, mit Stochfäden an den Wänden und an der Decke. Mit Heldenverehrung hat diese Grabstätte nicht das geringste gemein.

Das stieß schließlich auch den Königsberger Stadtvältern vor den Kopf, zumal Besucher von Königsberg, die von dem berühmten Philosophen keine Stätte und kein Zeichen fanden, öffentlich tonen, kein Grab in dem verlorenen Winkel sei blamabel und beklagenswert. Man redete in der Stadtverordnetenversammlung die Köpfe zusammen und knobelte: was machen wir mit Kant, wo stellen wir seinen Sarg auf, damit wir vor Blamage sicher sind? Die Meinungen der Mitbürger gingen sehr weit auseinander, einzig war man nur in dem Prinzip, der tote Philosoph darf der Stadt nicht viel Geld kosten.

Da kam einer der besonders geistreichen Stadtväter auf den glänzenden Gedanken, wir bringen die Gebeine Kants in den Dom, geben dem Philosophen einen guten Platz neben dem Hochaltar, stellen seine Wäste daneben auf und schreiben auf eine Marmortafel mit goldenen Buchstaben: Hier liegt Kant! Das ist am bequemsten, weil zu dieser Ueberführung am wenigsten Geld gebraucht wird, wir sind unsere Sorgen wegen des Sarges von Kant los und stehen vor der Welt groß und gerechtfertigt da.

Dieser geniale Gedanke wurde von den Stadtverordneten gierig aufgegriffen. Die Gründe von den geringen Geldkosten leuchteten allen ein, und im übrigen war ihnen die ganze Geschichte höchst langweilig und lästig.

Kant hat Kant in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ sich mit aller dankenswerten Deutlichkeit gegen Geisliche und alle Zeremonien der Kirche ausgesprochen, er ist dem „Reich der Priester“ gehörig auf den Leib gerückt und er hat unter anderem geschrieben: „Die Religion, die bloß auf Theologie gebaut ist, kann niemals etwas Unmoralisches enthalten. Man wird bei ihr nur Furcht auf der einen und lösnstüchtige Absichten und Gefinnungen auf der andern Seite haben, und das gibt dann bloß einen abergläubischen Kultus ab.“

Kant, der sich selbst den Metzgertrümmerer genannt hat, der als erster deutscher Philosoph mit dem besten Rüstzeug der Wissenschaft bemerkt hat, daß aller Kirchenglaube Aberglaube ist, diesen großen Geist wird man in Königsberg im Dom begraben. Dann ist er „begraben“ für alle Zeit!

Der Gedanke ist grausam und grotesk zugleich. Das ist etwa ebenso, als wenn man Karl Liebknechts Wäste ins Berliner Zeughaus bringen würde.

Als man unlängst einen der Königsberger Stadtväter darauf aufmerksam machte, daß dieser Gedanke ebenso aus Schilda gebürtig sei, wie die Geschichte mit der Baukostenlinie, da schaltete er nur, ein wenig geschmeichelt, und meinte: „Das schadet nicht!“ Immerhin, immerhin: Unsere Helden hoch in Ehren!

„Die rote Kabe.“ (Wellingtheater.) Die rote Kabe ist das Amtskleid der französischen Richter und Staatsanwälte beim Appellationsgericht. Nach ihr streben alle Richter und Staatsanwälte, ihre Frauen und ihre Kinder. Und wie bekommt man sie? Erstens durch Beziehungen zu einflussreichen Abgeordneten. Zweitens durch erfolgreiche Prozesse: Also wenn man einen Wort schnell ausfüllt und dem Schafott prompt ein Haupt liefert, ohne viel Strupel, ob es schuldig ist oder nicht. Einen solchen Fall behandelte dieses Bezugsamt, alte, laulende Kabe spielte Tendenzstück von Eugene Brieux. Der Staatsanwalt findet keine Spur. Aber der pfiffige, gewandte und ehrgeizige Untersuchungsrichter Rawson konterzwert schnell die Indizien dafür, daß irgendein Kleinbürger der Wörder seines Glaubigers war. Die Beweise genügen nicht. Der Staatsanwalt, der die rote Kabe erlirbt (seine Frau hat sie schon vor Jahren angekauft und sie liegt eingemottet auf dem Boden) ver-

Die blutigen Weihnachten 1918

Eine Ehrenrettung der Matrosen

Der Rechtssozialist Kurt Heilig hat im Sommer dieses Jahres ein Buch „Hohenzollern“ herausgegeben, in dem er die finanzielle Auseinandersetzung zwischen der Familie Hohenzollern und der preussischen Republik schildert, dessen ökonomische Bedeutung aber darin liegt, daß er die Treiberelien gegen die Volksmarinedivision im Dezember 1918 als Verleumdungen nachweist und damit einen wichtigen geschichtlichen Beitrag zur Politik liefert.

Die Volksmarinedivision war in Uebereinstimmung mit den sechs Volksbeauftragten am 13. November 1918 im Schloß zu Berlin eingezogen. Sie war eine sichere republikanische Truppe und darum den Monarchisten verhaßt. Mit Gewalt konnten die Matrosen zunächst nicht aufgelöst werden. Das Oberhofmarschallamt und der Schloß-Oberstallmeister Digmann beschwerten sich aber immer energischer über die Diebstähle, die angeblich von den Matrosen im Schloß begangen würden. Dazu sagt Heilig: „Lieft man sie (die Schweden) heute als Kenner der damaligen Verhältnisse ruhig durch, werden sie nützlich neu überprüft, dann bleibt das Gefühl, daß sie damals systematisch und gezielt meist aus einem bestimmten Bestreben gelassen sind.“

Schon zwischen dem 9. und 13. November, also vor dem Einzuge der Matrosen, ist im Marstall und im Schloß allerlei abhanden gekommen. Was von Matrosen entwendet worden ist, läßt sich nicht sagen. Indes ist später ein mit den Matrosen nicht in Verbindung stehender Schloßdiener aufhellen wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er zu jener Zeit sehr viele Sachen aus dem Schloß weggeführt hat. Heilig konstatiert, daß aus der sehr umfangreichen Silberkammer des Schloßes mit ihren vielen Tausenden von silbernen Tellern, Bestecken, den Hunderten von Tafelaussätzen und Leuchtern, von dem gesamten Vorrat an Porzellan nichts verloren gegangen ist. Er sagt ferner, daß bei dem eigentlichen Kontreuzor, der wirklich viele Millionen an Wertpapieren — allerdings ohne die an anderer Stelle aufbewahrten Kupons — enthielt, und daneben noch allerlei andere Objekte, ebensowenig der Versuch gemacht worden ist, einzubrechen, wie beim Weinkeller, der seinen einfachen, nur durch eine Holztür gesicherten Zugang vom Hofe her hatte, an einer Stelle, wo monatlang der gesamte Matrosenverkehr vorüberging.“

Auf Betreiben des Oberstallmeisters Digmann, eines Dr. Hübner von der Stadtkommandantur (Stadtkommandant war der Rechtssozialist Wels) und eines im Finanzministerium sitzenden dreißigjährigen Mannes (Heilig nennt merkwürdigerweise gerade dessen Namen nicht), der während des Krieges alldeutsch und kriegsbegeistert in einer Heimatgarnison lag und zuletzt bei der Nachrichtenabteilung der Obersten Seeresleitung als Hilfsarbeiter tätig war, wurde vom preussischen Finanzministerium an die Volksbeauftragten, an die preussische Regierung und an den Kriegsminister am 12. Dezember 1918 geschrieben:

„Das nunmehr in fünf-hundert von den Zimmern des Schloßes jedes Behältnis geöffnet oder erbrochen und seines Inhalts beraubt worden ist, darauf wird hingewiesen. In einer großen Reihe von Zimmern ist die Bänderung mit einer so systematischen Gründlichkeit durchgeführt, daß die Plünderer ungemessene Mühe gehabt haben müssen. So sind in den Zimmern der Schenkensammlung der Kaiserin nicht nur die Hunderte von kleinen Schenkensachen aus Silber, Gold, Porzellan, die dort aufbewahrt waren, entwendet worden, es sind auch alle Kleiderstücke der Beamten gestohlen, ja, sogar von einer an die Kaiserin gerichteten Adresse sind die Beschlüsse auf dem Deckel heruntergerissen und die größeren zusammenhängenden Lederstücke herausgeschitten worden. Die sachgemäße Sprengung eines großen Gedächtnisses in demselben Raum läßt auf die Mitwirkung geübter Helfershelfer schließen.“

Vieles, was in diesem Schreiben steht, waren „Larven-paraolen“. Diese Lügen waren offenbar nur erfunden, um zu begründen, daß am Schluß dieses Schreibens die unermutete, plötzliche und vollständige Entfer-

nung der Matrosenabteilung aus dem Schloß und aus dem Marstall verlangt wurde. „Man wollte nicht mehr nur Ordnung im Schloß haben, nein, das ganze revolutionäre Pack sollte verschwinden“, sagt Heilig, und er teilt weiter mit: „Nicht lange vor Weihnachten wurde in einigen Ministerzimmern des preussischen Finanzministeriums der Gedanke erörtert, bestimmten Regierungstruppen Grundrisse und Zimmerkarten auszuhandigen, damit sie einen unvermuteten Ueberfall auf die Matrosenbesetzung mit Erfolg durchführen könnten.“

Kurt Heilig hat am 18. Dezember 1918 als Vertreter des preussischen Finanzministeriums mit der Volksmarinedivision ein Abkommen getroffen, daß diese das Schloß räumen und dafür einige Zimmer im Marstallgebäude erhalten. Heilig teilt selbst mit, daß die Matrosen dem Abkommen entsprechend wirklich ihre Sachen packten und sie über die Straße zum Marstall transportierten. Damit wäre ein Konflikt vermieden gewesen, wenn der rechtssozialistische Stadtkommandant Wels gewollt hätte. Aber der wollte nicht. Heilig berichtet über die von ihm als Vertreter des preussischen Finanzministeriums mit Wels geführten Verhandlungen:

„Der Stadtkommandant sah fürchterlich aus. Es war auch für den Vaten nicht schwer, zu erkennen, daß hier Nervenspannung und Ueberlastung vorlag, die die Vorbereitungen schwerer Erregung sein mußten: das Gesicht dunkelrot, die Augen unruhig, die Pupillen irrtun miteinander stundenlang auseinander; der schwere Körper wurde nur durch einen kräftigen Willen zusammengehalten und dieser wieder durch Zigaretten und Tee aufgelockert. Kurz zusammengefaßt wurde (von Heilig, D. Verf.) die neue Ansicht auf baldige Räumung des Schloßes auseinandergesetzt. Die Matrosen sollten vorerst einmal das Schloß verlassen, im Marstall würden ihnen von uns (vom Finanzministerium, D. Verf.) Bureauräume zur Verfügung gestellt werden... Nach einiger Zeit werde es nicht schwer sein, den Volksmarinern auch aus dem Marstall heraus und in ein richtiges Kasernenlager hineinzubekommen... Der Stadtkommandant antwortete: Ja, Ihr Plan hat viel für sich, aber jetzt ist's zu spät. Die Matrosen müssen aus dem Schloß und Marstall heraus.“

Wels wollte also den militärischen Konflikt, er wollte die gewaltsame Beseitigung der zu politischen Zwecken als Diebe und Räuber verleumdeten Volksmarinedivision, denn sobald sie jeder Untertunft beraubt war, wäre sie praktisch so gut wie aufgelöst gewesen. Die völlige Beseitigung der Volksmarinedivision war — wie Heilig an anderer Stelle sagt — auch das Ziel der rechtssozialistischen Volksbeauftragten.

Am 24. Dezember wurde der längst gehegte Plan, die Volksmarinedivision militärisch niederzuschlagen, in die Tat umgesetzt. Die von General Lequis geführten Freikorps der monarchistischen Offiziere, darunter die Gardeavalliererschützenabteilung mit ihrem Hauptmann Pabst, standen ja bereits seit Wochen vor den Toren Berlins. Es waren keine Diebe und Räuber, jene Matrosen, die der Artillerie des Generals Lequis zum Opfer fielen. Nein, Heilig schildert sie ganz anders:

„Den Dienst versahen am Nachmittag vor der Beschießung zwei Matrosen. Der jüngere, ein frischer, froher Kerl, draußen gewesen bis zum letzten Tag. Als Seemann vor dem Kriege die Welt von allen Seiten belegelt, begeistert für die sozialistischen Ideen und immer höflich. Der etwas ältere war ein braver Familienvater. Ob er jemals Matrose gewesen war, war wohl nicht sicher. Er schlief bei seiner Familie, verah seine Wache ordentlich.“

Am andern Tage, nach der Beschießung des Schloßes, sah das Bild so aus:

„Zwei menschliche Gehirne lagen am messingen Raminorock, die dazu gehörigen Pelzen waren schon weggebracht worden. In der einen beiden Matrosen waren durch Kopfstreifer die Schädel leer geschossen worden. Idealismus und guter Glaube an auskömmliche Existenz lagen im Märtyrerschuh. Sie sind von der Scheuerfrau mit Beilen und Schippe hinausgeschleppt worden.“

Die Volksmarinedivision konnte am 24. Dezember 1918 noch nicht vollständig erledigt werden; das geschah aber Anfang März 1919, als sie in ähnlicher Weise von den monarchistischen Offizieren überfallen wurde, den Rest er-

mordete Marloß und er ging für diesen vielfachen Mord straffrei aus.

Die heimliche Koalition der rechtssozialistischen Volksbeauftragten mit den monarchistischen Offizieren, die in dem Ueberfall auf die Matrosen am 24. Dezember 1918 offenbar wurde, war der Anlaß, aus dem die drei unabhängigen Volksbeauftragten damals von ihrem Amt zurückgetreten sind.

Ehre sei Gott in der Höhe...

Aus der heidnischen Sonnenwendfeier, bei der zur höheren Ehre der Götter geschmaukt und gezockelt wurde, wurde das christliche Weihnachtsfest. Das Programm blieb daselbe, nur galt es jetzt der höheren Ehre des dreieinigigen Gottes. Die großen und kleinen geistlichen Würdenträger wollten und wollen es so. Denn einem guten Tropfen und einem lastigen Braten brachten sie von jeder mehr Achtung entgegen als dem Geiste der in ihrer wahren Gestalt tief revolutionären christlichen Lehre. Das Christentum nämlich, der große, ewig neue Gebante des großen Kasareners, war revolutionär in seinem Kern, wurde aber umgefälscht zu einer Waffe der ausbeutenden Klasse gegen die ausgebeutete, die es befreien wollte.

... Von den Kirchlürmen dimmel und hammel die Glocken. Der „heilige Abend“ wird eingeläutet. Wo nur in Proletarierfamilien einige schmähliche Papierkerle erluchtet werden konnten, da brennt ein Weihnachtsbaum, da erfreuen Geschenke die Jungen und Alten. Freilich, in unzähligen Proletarierfamilien, bei den Arbeitslosen, den Alten und Kranken wird kein Nichtenbaum brennen, wird der Tag des Schenkens und der Freude genau so trostlos grau sein, wie die andern. Manches Muttertränen wird über gramdurchsuchte Wangen rollen, man's Kind wird mit bitterem Wech aus den Fenstern der Mietstapeltne den brennenden Weihnachtsbaum bei anderen Leuten, glücklicheren, schmerzlich beneideten, strahlen sehen. Wohl denen, denen der Abend Freude und neue, teure Zeichen der Liebe, der Freundschaft bringt. Ungezählte aber wird es ob des Elends, in dem sie sich befinden, im Halle würgen. In unbeschreiblich grauem Schärfe werden sie an diesem Abend ihre Not empfinden...

Ehre sei Gott in der Höhe...
Im großen Lazarettstraßen strahlt den Kriegstrüppeln — den unheilbaren und am schrecklichsten Verwundeten — eine große Tanne. — Jeder erhält, denn das Vaterland ist dankbar, Geschenke — Zigarren, Zigaretten, Pfler und Pflunder. Ein Pfaffe plärzt von der Liebe Gottes, der sogar für die Vögel unter dem Himmel sorgt.

In kalten Wohnungen sitzen Kriegerwitwen und Waisen, denken des Gatten und Vaters, dessen Tod fürs heilige Vaterland ihnen Elend und Entbehrung brachte. Dräben in Flandern segt mit einsehendem Regen der Wind über die Felder — bestellt fürs Frühjahr, gebüht durch Heldenfriedhöfe.

Und Friede auf Erden...
In diese Anzüge gehüllt, schließen sich Menschenleiber zwischen lurrnde Maschinen. Für sie gibt es keinen heiligen Abend. „Geld — Geld — Geld!“ läßt der Dynamo; „Geld — Geld — Geld!“ Die Diödenben müssen folgen! „Müssen — müssen!“ schnurren die Treibriemen.

Vor dem Nachtslokal zum „Blauen Rater“ sitzt auf den feuchten Pfeifen ein Bettler und singt das Lied von der entsprungnen Kugel. Drinnen laut Plakat: „Größtes Weihnachtsfest.“ Keiner fliegen, hinter Vorhängen in Nischen schlüpfen, rauchen, hebeln und faulen die Leute, für die der Dynamo läßt und der Treibriemen faulst. Geld Nebenache... In grauer Nacht fahren Autos vor — zur Fahrt ins Himmelreich...

Der Bettler singt immer noch... und den Menschen ein Wohlfegallent...

Massensturm auf Dreilinden

100 Morgen Wald total abgeholt

Nachdem in einer Dreilinden benachbarten Parzelle eines Privatwaldbesitzes Weihnachtsbäume auf dem Stamm verkauft worden waren und einige Zeltungen darauf hingewiesen hatten, waren in den letzten Tagen große Scharen von Berlinern nach dort gefahren, um ebenfalls Weihnachtsbäume zu erwerben. Sie kamen zu spät, da die Früchte des Privatwaldbesitzes abgeholt war. Aber nebenan stand eine staatliche zwanzigjährige Kiefernplantation, die nun in Angriff genommen wurde. Der einzelne in Dreilinden stationierte staatliche Forstbeamte war dem Massensturm gegenüber ohnmächtig. Rund 3000 Menschen waren mit Beilen und Sägen erschienen, und so waren denn am Abend etwa 80 bis 100 Morgen 20-jähriger Kiefernplantation total abgeholt. Nur die Stumpfe standen noch.

Wir entnehmen den vorliegenden Bericht der „Deutschen Tageszeitung“, die ihn dazu benutzte, die üblichen Scharfmacherelien gegen die „Räuber“, die „ohne Berechtigung und ohne Bezahlung“ zur Selbsthilfe schritten, an den Mann zu bringen. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob die Angaben des agrarischen Blattes zutreffen oder nicht; es steht aber fest, daß nur der niederträchtige Wucher der Händler die Massen zu „Räubern“ gemacht hat. Die Händler aber sind dort in die Schule gegangen, wo die „Deutsche Tageszeitung“ am bediebsteten und verödetsten ist!

Liebestragödie in Berlin SO.

Mord und Selbstmordversuch

An der Ecke Reichenberger- und Staliner Straße, in der Nähe des Hochbahnbofs Kottbuser Tor, hat sich gestern in später Abendstunde eine Liebestragödie ereignet. Dort wurde die 18-jährige Käthe Schleinig aus der Mariannenstr. 14 von ihrem früheren Geliebten, dem Chauffeur Lessor, der in dem gleichen Hause wohnt, erschossen. Lessor richtete dann die Waffe gegen sich selbst und wurde schwerverletzt ins Urbanrankenhaus gebracht.

Käthe Schleinig hat vor längerer Zeit mit Lessor ein Liebesverhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen blieb. Sie ist später mit ihm geflohen, doch hat der Vater seine Tochter wieder zurückgeholt. Diese jagte sich darauf von ihrem Geliebten los und wollte nichts mehr von ihm wissen. Lessor lauerie nun seit einiger Zeit dem jungen Mädchen auf. Als sie gestern abend gegen 10 Uhr in Begleitung ihres Vaters nach Hause zurückkehrte, trat er ihr an der Ecke der Reichenberger- und Staliner Straße entgegen und feuerte zwei Schüsse auf sie ab, von denen der eine ein Streifschuss war, der zweite sie in den Mund traf. Käthe Schleinig war sofort tot. Hieran gab Lessor einen dritten Schuß auf sich selbst ab, und nach Gewerwerverletzt zusammen. Er wurde in bedenklichem Zustande von der Feuerwehr ins Urbanrankenhaus geschafft.

Mord in der Malackstraße. In der Malackstraße 1-2 ist heute vormittag der Produkthändler Emil Ziegler erschossen worden. Die Mordkommission der Kriminalpolizei hat sich sofort nach Eingang der Meldung an den Tatort beggeben. Nähere Einzelheiten können noch nicht bekanntgegeben werden.

Der Austrag des Dampfers „Sorsow“. Das schwere Dampferunglück, das sich am 31. Oktober auf dem Wannsee ereignet hat, beschäftigt die zuständigen Behörden noch immer.

sicht auf den Erfolg einer Todesstrafe, um einen Unschuldigen zu retten. Aber der Untersuchungsrichter befürchte sie, durch Beziehungen zu einem Abgeordneten, wenn ihn nicht im letzten Augenblick die Frau des Angeklagten ermorden würde, aus Beizehung, daß die Voruntersuchung ein altes Verbrechen von ihr enthält und ihre Ehe geschmeitert hat.

Brieux zeigt uns in seinem Schauspiel zwei Wahrheiten: die Richter als bedenkenlose Streber, denen die Karriere wichtiger ist als das Recht. Und das Folterregiment der modernen Prozedur, wie sie ein Untersuchungsrichter gegen schuldlose Menschen anzuwenden beliebt, daß dem Jünger der Schweiß über diese kalte Mauer der Räden hinabläuft.

Ob Brieux' Stück eine Dichtung ist oder nur ein Theaterstück, spielt gar keine Rolle (höchstens für die Hanswürste der bürgerlichen Welt, die Tendenzen nach links beschimpfen, nur weil sie nach links weisen). Besser wäre es schon, wenn Brieux' Stück in der „Tribüne“ gespielt wird. Beide Stücke und viele andere hosen in der Tradition der französischen Rechtskämpfe den Stoff. Jedenfalls ist Brieux' Drama ein Werk, das die Welt bessern will und es geschieht so, daß ein Publikum mit dem kleinsten Rest von Menschlichkeitsgefühl Partei ergreifen muß gegen das, was Brieux an den Fingern stellt.

Barnowsky lag wohl weniger an der Forderung als am Reizer. Hat er ihn? Ja. Wenn nämlich das Opfer dieses Stückes, Frau Eischepare, so sehenswert gestaltet würde, wie die fremde Frau von der Valetti. Man beleidigt Frau Durieux nicht, wenn man das zur Hälfte vermeint. Denn ihre Rolle ist das nicht. Sie hat wie schon in früheren Stücken, eine prächtige Rollenspielerei. Sie ist brillant im Höch. Ihre Ausdrücke sind großartig. Aber (nun kommt die andere Hälfte) sie ist hohl, wenn sie das zerbrochene Herz einer Mutter von zwei Kindern ausschütten soll. Sie spielt dann die Rolle, die der Elfe Lehmann vor zehn Jahren, er Hüßlich und der Pünktchöy heute noch auf den Mutterleib geschrieen ist. Aber nicht ihr. So war der Eindruck geieit.

Als Untersuchungsrichter hatte Kurt Göb die amüsanste Lieblichkeits- und geschäftlichen Erfolgsmenschen. Das Liebenswürdigkeit des geschäftlichen Erfolgsmenschen. Das war kein Fröh. Aber er hat es erwehert. Dieser plapperte er Klugheiten von oben herab. Diesmal sah man, wie er sich selbst dachte und entwickelte. Das war gutes unterhaltendes, manöchte und entwickelte. Das war gutes unterhaltendes, manöchte und entwickelte. Das war gutes unterhaltendes, manöchte und entwickelte. Das war gutes unterhaltendes, manöchte und entwickelte.

Tanabende. Sylvia Herzog tanzte im Schwedentanzsaal in der Vikowstraße. Man empfand: Die übliche Sucht, musikalische Empfinden durch den Körper plastisch darzustellen, kheiterte immer wieder an der Schwermüdigkeit, Empfindungen zu überwinden. Sylvia Herzog ist überaus musikalisch, aber nicht tänzertisch. Sie tanzt nach Maß und es fehlt ihr das Temperament eines Maria Carlas. Man ist enttäuscht, wenn man ihr Publikum unwohl wird einem, wenn man im Geben noch ihr Publikum kennen lernt. Würdige Herzen mit dem E. R. I am... Caraway, die begallert ihren Reinen applandieren und für die die Kunst immer noch nur heiter ist. — Wie tief ist gegen das Getanze der Herzog der künstlerische Geist auch in den

labendigten, ausgelassensten Tänzen einer Roswita Bäljen-rod, die wir neulich draußen im Volk's Barberin in Potsdam sehen durften. Da ist überall Beherrschung und Selbstbeherrschung. Von Jugendlichkeit getragen, zieht sie nirgends diese Jugendlichkeit vor; sondern alles dient dem Gele und lacht den Kulminationspunkt ihres inneren Willens. Die Schlafatmosphäre der Rachmaninow'schen Serenade der sich dynamisch steigenden Sponnungen des Rhythmus von R. Fischer (1720) stellen Anforderungen an unerzittliches Formbewußtsein. Im Erleben allen Seins in sich selbst wird sie von dem Vintenspiel der Knobeslen zur Schöpfung des Raumes finden. — Endlich sei hier noch des Abends Charlotte Baras gedacht. — Charlotte Baras, das sei vorausgesetzt, ist bestimmt eine unferer eigenartigen und wesentlichen Tänzerinnen überhaupt. Zuggeben, es ist viel Reproduktives in ihr, aber ihre Vorbilder sind derartige Gipfelpunkte, daß sie die Kraft haben, in ihr neulichsperisch fortzuwirken, und die Baras wird bestimmt ihre fein abgeklärte Wesenheit zu sich selbst entwideln können. Es ist der Gemeindrud des Abends, daß man an sie glaubt.

Urban Dietrich.

Malkhuch. Am vorigen Sonntag wohnte ich einem proletarischen Kunstabend bei. Die Darbietungen, über die auch die „Freiheit“ berichtet hat, waren durchweg sehr gut, und ersten reiden Beifall. Schade nur, daß sich dieser Beifall in einer recht unpassenden Weise darin äußerte, daß nach jeder Darbietung langdaueres lärmendes Pöndellachen folgte, an dem sich manche Zuhörer gar nicht genug tun konnten. Es machte einen fönderbaren Eindruck wenn ein Regentelch „Schlaf, mein Kindelein“ donnernd Sturm folgte und das eingeschlossene Kind schmerzlich wealt. Es wird zerüend auf jede Stimmung, wenn die letzten leisen Klänge durch brutalen Lärm abgedröhren werden. Ueberlassen wir das dem „Publikum“, das sich auf seine Art für sein Geld amüßeren will.

Vindex.

Reinlichkeit. Wir können uns kaum eine Vorstellung machen, wie wenig früher selbst die Pornoschmiten auf Reinlichkeit hielten. Ludwig XIV., der Sonnenkönig, hat in seinem ganzen langen Freudenleben ein einziges Mal auf ärztliches Uratzen gebadet, und der ganze Versailles Hof bedie und zitterte, wie der König dies Abenteuer bestehen würde. In einer französischen Chronik hriß es auch gelegentlich von einer schönen Hofdame, daß sie beim Gelächter leider so schmutzige Hände gehabt hätte, daß von der Schönheit ihrer Handsform niemand einen ergöhlichen Eindruck hatte, und gewissenhaft leht der Chronist hinzu: „Man sollte sich doch wenigstens täglich einmal die Hände abwaschen und, wenn möglich, auch ebensoft das Gesicht abwäshen.“

Opernführungen. Neues Theater am Zoo: R. Knoke. — Rosa-Tauer Känker-Theater: B. Sechtiggen. — Volksbühne: M. Der Jahresbe Schille bennt den Lenzel. Per gelebte Kaiser. — Staatl. Schauspielhaus: M. Kampoinngelndes. — Großes Schauspielhaus: M. Orphens in der Unterwelt. — Volksbühne: M. Der Keunel. — Käthe-Zeater: M. In neben Käp. Die Große Volkoper bringt am 1. Feiler, abends 7½ Uhr, im Schloßparktheater Stadt's Känker's komische Oper „Der Baiter von Genlie“ zur Aufführung. Regie: Berth (Staatsoper). Dirigent: Becher.

mit der Voruntersuchung der Schuldfrage. Die Passagiere des Dampfers „Kaiser Wilhelm I.“ und die Besatzung des genannten Dampfers „Storkow“ sind zum größten Teil vernommen worden, ohne daß es bisher gelungen ist, eine wesentliche Klärung der Sachlage herbeizuführen. Mehrere Zeugen haben übereinstimmend bekundet, daß sofort nach dem Zusammenstoß der Dampfer „Kaiser Wilhelm I.“ mit voller Kraft zurückfuhr. Dadurch drangen durch das nun freiliegende Leck große Wassermengen in das Innere der „Storkow“, die dann sehr schnell sank. Wäre nach dem Zusammenstoß der Dampfer „Kaiser Wilhelm I.“ weiter in voller Fahrt geblieben, dann wäre es leicht möglich gewesen, den schwerbeschädigten Dampfer an das Ufer zu bringen und alle Passagiere zu retten.

Neue Züge auf der Ringbahn

Am 2. Januar treten auf der Ringbahn mehrere wichtige Fahrplanänderungen in Kraft, die besonders eine Entlastung der Züge des Berufsverkehrs herbeiführen. Die drei Züge, die bisher von Niederschöneweide um 6.17 Uhr und 6.47 Uhr vormittags und von Grünau um 6.15 vormittags abfahren, beginnen dann in Schönberg (6.08 Uhr, 6.18 Uhr, 6.38 Uhr vormittags). Sie fahren über Hermannstraße nach Stralau-Kummelsburg, wo sie um 6.34 Uhr, 6.44 Uhr und 7.04 Uhr eintreffen. Der Zug, der bisher von Grünau um 6.25 Uhr vormittags nach Stralau-Kummelsburg fuhr, verkehrt vom 2. Januar ab von Pappestraße (6.33 Uhr) nach Stralau-Kummelsburg (an 6.54 Uhr). Zwischen Hermannstraße und Stralau-Kummelsburg und Grünau und Stralau-Kummelsburg werden je zwei, zwischen Niederschöneweide und Schönberg drei neue Züge gefahren: ab Hermannstraße um 6.12 und 6.57 Uhr vormittags, an Stralau-Kummelsburg 6.24 und 7.09 Uhr vormittags; ab Grünau 5.16 und 5.46 Uhr vormittags, an Stralau-Kummelsburg 5.43 und 6.13 vormittags, ab Niederschöneweide 5.23, 5.53 und 6.23 Uhr vormittags, an Schönberg 5.52, 6.22 und 6.52 Uhr vormittags. Auf dem Nordring treten ebenfalls einige Fahrplanänderungen ein. So wird der Zug, bisher an Beusselstraße 6.38 Uhr bis Westend durchgeführt, von Westend kommt um 12.43 mittags ein neuer Zug.

Im Spätverkehr auf den Nordbahntrecken treten vom 2. Januar folgende wichtige Änderungen ein: Der bisher um 12.10 Uhr vom Stettiner Bahnhof nach Bernau abfahrende letzte Zug wird 15 Minuten später gelegt. Eine halbe Stunde früher gelegt wird der Zug, der bisher von Bernau 3.46 Uhr nachmittags abfuhr. Er verläßt dann Bernau um 3.16 Uhr und trifft auf dem Stettiner Bahnhof um 4.03 Uhr nachmittags ein. Der letzte Zug der Strecke Berlin-Berlin, wird vom 2. Januar ab 20 Minuten früher gefahren (ab Berlin 11.31 Uhr, an Stettiner Bahnhof 12.26 Uhr).

Weihnachtsfeiern unter freiem Himmel. Die Amerikahilfe des Roten Kreuzes veranstaltet heute genau so wie im Vorjahre nach amerikanischem Muster im Lustgarten und auf dem Winterfeldplatz vor elektrisch beleuchteten Weihnachtsbäumen, die die städtische Hortverwaltung zur Verfügung gestellt hat, eine Straßenweihnachtsmusik. Es werden Bläserchöre am Nachmittag von 4 bis 5 Uhr Weihnachtslieder blasen. Diese Art von Weihnachtsfeiern entsprechen bekanntlich einer schönen amerikanischen Weihnachtsfeier.

8433 Ratten vergiftet. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten fand bekanntlich ein „Großkampftag“ gegen die Ratten statt, wie die Veranstaltung offenbar in wehmütiger Erinnerung an die „große Zeit“ genannt wurde, in der ein Menschenleben noch weniger galt als das einer Ratte. Nach dem Auslegen des Giftes wurden später 8433 tote Ratten aufgefunden. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß ihre Zahl noch weit größer ist, da der größte Teil des Giftes aufgefressen worden ist. Man kann ungefähr mit 35 000 toten Ratten rechnen. Wegen unvorsichtiger Auslegung des Giftes wurden 367 Strafanzeigen erteilt. Die Hausbewohner und Hauswirtsleute setzten für die Maßnahmen im Kampf gegen die Ratten fast überall volles Verständnis. Für den Februar oder März wird wahrscheinlich ein neuer „Großkampftag“ gegen die Ratten festgelegt werden.

Kleine Mitteilungen. Das Umfasseneramt der Stadtgemeinde Berlin für die Verwaltungsbezirke 1-6 (Lehrervereinshaus und Jostystraße) bleibt vom 27. Dezember 1921 bis 21. Januar 1922 geschlossen. Die Abteilung für Straßenhändler (Stralauer Straße 3-6) bleibt geöffnet. — Der Minister für Volkswohlfahrt hat angeordnet, daß im Polizeibezirk Berlin außer den Gerichtsmedizinärzten auch die zuständigen Kreismedizinärzte bzw. die hierzu ermächtigten Ärzte größerer Krankenhäuser zur Ausstellung der Bescheinigungen zum Zwecke der Feuerbestattung berechtigt sind. — Vom 1. Januar 1922 ab werden für die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim die Invalidentätungsarten durch die zuständigen Zweigstellen der Kasse ausgegeben.

Weihnachtskonzert des Volkshilfsamts Neutölln. Am 2. Weihnachtsfeiertag, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet das Volkshilfsamt Neutölln ein Weihnachtskonzert in der Aula des Reformrealgymnasiums, Neutölln, Bobbinstraße 34/41.

Voraussehliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Etwas kälter, ziemlich heiter, bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftliches

„Weihnachtsbescherung“ für Siemens-Betriebsräte

In den letzten Tagen sind wieder einmal mehrere Betriebsratsmitglieder aus verschiedenen Werken des Siemens-Konzerns unter den verschiedensten Vorwänden auf das Straßenpflaster geworfen worden. Die fristlosen Entlassungen begründete die Firma mit der Weigerung der Betriebsratsmitglieder, sich von der zum Teil aus ehemaligen Salikamenten zusammengesetzten Werksicherheitspolizei bei der Lohnkontrolle körperlich durchsuchen zu lassen. Die meisten Arbeiter lehnen es ab, sich von diesen Elementen willkürlich ohne begründeten Verdacht wie gemeine Diebe behandeln zu lassen.

Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt vor dem Fest der Liebe die Firma Siemens derartig vorgeht. Sie nimmt wohl an, daß trotzdem die Erregung in der Arbeiterschaft über das brutale Verhalten einzelner Direktoren gegenüber den Betriebsvertretungen ungeheuer groß ist, kurz vor den Weihnachtsfeiertagen kaum mit einem Streit der Belegschaft zu rechnen ist. Oder will die Firma gerade jetzt die Belegschaft provozieren?

Die gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Betriebsräte werden von diesen Scharmachern nicht beachtet. Die Ausrottung der freiorganisierten Arbeiter, das schwarze Klistensystem und die Begünstigung der gelben Werkvereine in den Jahren vor dem Kriege ist der gesamten Arbeiterschaft noch in Erinnerung. Gegen die Betriebsräte hat sich die Firma Siemens ganz besonders eingestellt. Unter den einzelnen Betriebsdirektoren tun sich besonders die Herren Veiersdorf und der bekannte Regierungsbaumeister Pfeil hervor. Lohnabzüge gegenüber den Betriebsräten, Nicht-einhaltung oder ganz einseitige, willkürliche Auslegung von Vereinbarungen oder Abmachungen sind an der Tagesordnung. Herr Direktor Veiersdorf geht sogar soweit, daß er die Betriebsräte, die zu Verhandlungen mit ihm kommen, aus dem Zimmer herauswirft. Man will die Betriebsräte schikanieren und reizen, um sie zu unbedachten Versetzungen oder Beleidigungen hinzuzureihen, damit ein Vorwand zur fristlosen Entlassung gegeben ist. Kommt man auf diese Weise nicht zum Ziele, versucht man es anders. So tat Herr Direktor Veiersdorf leibhaftig in einer Verhandlung den typischen Ausspruch: „Ich werde natürlich alle Betriebsratsmitglieder von der Werkspolizei durchsuchen lassen, nur um die Probe aufs Exempel zu machen“, d. h. also, man will schrecken, so sich die Betriebsräte das gefallen lassen. Weigern sie sich, so entfällt man sie. Dieser Herr will also ein abgekürztes Verfahren anwenden, um unbedachte Betriebsräte loszuwerden. Herr Direktor Pfeil ist bekannt durch seine Ansprüche, daß die ledigen Arbeitnehmer viel zu viel verdienen und in Zigaretten und Sekt schwelgen. Die Deffektivität hat neulich von einer Neugründung der Unternehmer erfahren, „der Ugan zum Schutze gegen die Uebergriffe der Betriebsräte“. Die sogenannte Sozialpolitische Abteilung des Siemens-Konzerns, welche aus mehr als 150 Personen (meist Juristen) besteht, kann man mit Zug und Recht als Scharfmacher-Laboratorium bezeichnen, in welchem dauernd darüber beraten wird und Pläne entworfen werden, wie am besten die Betriebsräte zu belämpfen oder auszurotten sind. Mit Sozialpolitik hat diese Abteilung wohl am wenigsten gemein. Die Betriebsräte könnten Hände darüber schreiben, mit welchen Mitteln gegen sie gerade im Siemens-Konzern vorgegangen wird. Der Haß der Reaktion gegen alles, was nach Mitbestimmung der Lohnkassen aussieht, kommt gerade in dem ehemals als demokratisch bezeichneten Siemens-Konzern zur vollen Auswirkung. Die Arbeiterschaft kann und darf sich das nicht auf die Dauer gefallen lassen, sie muß erkennen, daß der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte ein Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist.

Freigewerkschaftlicher Sieg

Die Zentralbetriebsratswahlen beim Reichspostministerium

Ueber die am 15. bis 17. Oktober er. stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor. Gegenüber 1920 ist die Zahl der Wahlberechtigten um ca. 30 Prozent zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr ungewisshaft ein erheblicher Prozentsatz Postbeamter usw. in das Beamtenverhältnis überführt worden ist, außerdem darauf, daß auf Grund des Verkehrsrückganges im Laufe des Jahres umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahre erfreulicherweise stärker als im Vorjahre und betrug 85 Prozent gegenüber 65 Prozent im Jahre 1920. Eingereicht waren vier Vorschlagslisten und zwar von Deutschen Verkehrsbund, A.F.A.-Bund, Gewerkschaftsbund der Angestellten und von der Deutschen Postgewerkschaft.

Abgegeben sind insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielt der Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, A.F.A.-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (christlich) 6745 und Deutscher Verkehrsbund 51 062. Es gibt nach dieser Wahl keinen einzigen D.P.D.-Bezirk in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrsbund die übermächtige Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger hinter sich hat. Der Deutsche Verkehrsbund hat 36 574 Stimmen mehr erhalten, als alle übrigen beteiligten Organisationen. Von 65 550 Stimmen sind 57 624 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7926 erhielten die Christlichen und der G.D.A.

Dieses Ergebnis bedeutet für die Christen eine furchtbare Niederlage. Im Jahre 1920 entsandte der Deutsche Verkehrsbund insgesamt 10 Mitglieder in den Zentralbetriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also ein Gewinn von 5 Mitgliedern im Zentralbetriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den J.B.A. entsandten die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder.

Wir freuen uns dessen ohne besondere Siegesfanfaren anzustimmen zu wollen. Der Ausgang der Wahlen beweist aber, daß der freigewerkschaftliche Gedanke nicht nur bei dem Post- und Telegraphenpersonal Wurzel gefaßt hat, sondern daß er sich ausbreitet, und er wird und muß immer mehr Anhänger gewinnen.

Unter Voranstellung der grundsätzlichen Forderungen wurde der Kampf um die Betriebsräte von den freien Gewerkschaften rein sachlich geführt. Von den Gegnern, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, wurden aber die Lüge und Verleumdung als ihre „bewährte“ Waffen angewendet. Wurde doch behauptet, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Koalitionsfreiheit unterbunden hätten, daß sie ihr Versprechen nicht halten können, daß sie weiter es verstanden hätten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen usw. — doch der geringste Schatten eines Beweises wurde dafür nicht erbracht. Das von den Gegnern angelegte Ende des Deutschen Verkehrsbundes ist nicht eingetreten. Unerschütterlich steht er da in seiner gewaltigen Größe, alle anderen beteiligten Post- und Telegraphenpersonal-Organisationen weit überragend.

Die Kosten der Arbeitsnachweise

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich Gelegenheit genommen, irrtümliche Auffassungen, die über die Kosten der Arbeitsnachweise in der Öffentlichkeit bestanden, zu berichtigen. Gegenüber Veröffentlichungen, die neuerdings in der Tagespresse erschienen sind, muß daran festgehalten werden, daß die Kosten sämtlicher Landesarbeitsämter nach den Vorkursen für das Jahr 1921 nicht mehr als 16 Millionen Mark betragen. Wenn in einzelnen Aufstellungen ein anderes Ergebnis errechnet worden ist, so beruht das darauf, daß hier Arbeitsnachweise als Landesarbeitsämter eingestuft worden sind, die keine Landesämter sind. Weder der Zentralarbeitsnachweis in Dresden noch das Arbeitsnachweismittel Groß-Berlin sind Landesarbeitsämter. Ergänzend kann noch bemerkt werden, daß nach einer neueren Zusammenstellung die Aufwendungen der Arbeitsnachweise in den 467 größeren und großen Städten des Reichs im laufenden Etatsjahr insgesamt auf 33 Millionen M. veranschlagt sind. Die 1332 kleineren Arbeitsnachweise, die es neben den 467 großen Arbeitsnachweisen gibt, werden zusammen außerordentlich denselben Betrag verlangen. Nimmt man nun an, daß die Kosten im laufenden Jahr sich infolge der Geldentwertung noch erhöhen, so kommt man im äußersten Falle zu einem Aufwand von 100 Millionen Mark für die örtlichen Arbeitsnachweise und, wenn man einen entsprechenden Zuschlag zu den Kosten der Landesämter und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung berechnet, zu einem Gesamtaufwand von 150 Millionen Mark für die Arbeitsnachweise aller Instanzen.

Unternehmerleer in Belgien. Seit 1. September sind die im aktiven Dienst der Schlafwagen-Gesellschaft stehenden Angestellten ihrer gewerkschaftlichen Landes-Organisation angeschlossen, während die Angestellten der Zentralverwaltung in der unabhängigen Gewerkschaft der Handels- und Industrieangestellten organisiert sind. Die Landesorganisation wünschte nun mit der Direktion eine Unterredung zwecks Besprechung der Arbeitsbedingungen. Die Direktion erklärte hierauf, daß sie bereit sei, die Delegation ihres Personals zu empfangen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese dem Personal angehören. Sowohl der Landesverband wie auch das Personal selbst beschloß daraufhin unter Protest gegen diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Freiheit eine Besprechung unter diesen Bedingungen abzulehnen. Dieses Vorgehen der Schlafwagen-Gesellschaft ist hauptsächlich für die reaktionäre Strömung, die jetzt allenthalben in Unternehmerkreisen vorherrscht.

Darlebensversicherungen

Weihnachtsfeier des 1., 2. und 3. Bezirks (Berlin-Mitte) am 27. Dezember, abends 6 Uhr, in den Sophienböden, Sophienstraße. Restitutions-, musikalische Partyspiele, Vorträge zur Laute und Klavierbegleitungen, Tanz, Eintrittspreise 3,00 M., einchl. Steuer. Um gegen Besuch im Interesse der Partei wird gebeten. **Charlottenburg, 7. Abteilung.** Die Weihnachtsbescherung der Kinder findet am 2. Dezember, pünktl. 4 1/2 Uhr nachm., im Restaurant „Luna“, Wilsdorfstr. 4, statt. **Koch Schlegel** genützlich willkommen.

11. Bezirk. Letzte Weihnachtsbescherung findet am Donnerstag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula Kleiner, 40. Hohl, Mittelstr. 4 nach zu haben bei allen Bezirksführern und bei Koberg, Bornholmer Str. 4.

Dienstag, 27. Dezember

Reinick. 6 Uhr Weihnachtsfeier zusammen mit der Jugend (Gesang, Weihnachtsgedichte, Feigen, Bescherung, Spiele) im Paradiesgarten, Wühlensstraße.

Mittwoch, 28. Dezember

Reinick. 8 Uhr Bescherung, Kuba. **Legationskommission.** Abends 7 Uhr außerordentliche Sitzung bei Berger, Reinick. Jägerstr. 60. Vortrag des Großstadtkämmerers. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Reinick. 8 Uhr Bescherung, Kuba. **Legationskommission.** Abends 7 Uhr außerordentliche Sitzung bei Berger, Reinick. Jägerstr. 60. Vortrag des Großstadtkämmerers. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Zur Schulfrage

Der Elternbeirat

Richtlinien für seine Tätigkeit

Von **Dr. Kurt Kerlow-Löwenstein** Pr. 2.25 M

Sozialistische Schul- u. Erziehungsfragen

Von **Dr. Kurt Kerlow-Löwenstein**

Vergriffen. Erscheint demnächst in neuer Auflage

Schulprogramm

Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. Mit einem Vorwort von **Georg Ledebour** Preis 1.50 Mark

Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule

Von **Adolf Jensen** und **Wilhelm Lamszus**

Broschiert 10.— Mark Gebunden 15.— Mark

Richtlinien für ein Gemeindeprogramm

Im Auftrage der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entworfen von **Emanuel Wurm** Preis 60 Pf

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“
Berlin C2 Abt. Buchhandlung Breite Str. 8-9

Graufüchse 350 außerdem großer Vorkurs **Weinstein, Libauer Str. 5.**

Soeben erschienen!

USPD Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt: Aufgaben der Betriebsvertretungen, Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Ungleichheiten, Einnahme- und Ausgabebelegen, Statistik der Reichstagswahlen, Reichhaltiges Adressen-Material, Larise / Interessante Notizen u. a.

Gutes Schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden
5.— Mark

Zu beziehen durch die **Froheit - Spedition** und **Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C2**

Annahme in allen Expeditionen des Verlages - Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig
Gartenmöbel
Weihnachtsverkauf: Angeln, Schläger, Linsen, elegante Pomeranzentel, Preisliste 175 - 1200.
Kleider- und Bekleidungs- u. Schuhwaren
Kleider- und Bekleidungs- u. Schuhwaren
Kleider- und Bekleidungs- u. Schuhwaren

Möbel
Neujahrspitzen, große Auswahl, bei Krüger, Vandenbergher Straße 33.

Fahrräder
Fahrradhandel, Eisenstr. 18.
Neujahrsgeschenke, Preisliste, Preisliste, Preisliste

Die Kommune
Mit vielen Illustrationen von Chr. Speyer
287 Seiten mit Karte von Paris
Preis broschiert 10.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Werkzeuge u. Maschinen
Kugellager, Messer, Zersägen, Sägen, Zersägen, Sägen, Zersägen

Berichtendes
Erfinder, Patente, Erfindungen, Erfindungen, Erfindungen

Diätgeschäfte
Diätgeschäfte, Diätgeschäfte, Diätgeschäfte

Arbeitsmarkt
Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt